



A-3073 Stössing 32

Telefon: 0043 (0) 2744/67 150

E-Mail: verein@provita.at

Homepage: www.provita.at

Bankverbindung IBAN: AT35 6000 0000 0752 0222 BIC: OPSKATWW

ZVR-Zahl 280955592 **GZ 02Z031039 M P.b.b.**

VerlagsPA 3071 **AufgabePA** 3040

Liebe Mitglieder und Freunde!

Vielleicht übertreibe ich, wenn ich einen neuen **Freiheitskampf** für notwendig halte. Dieser Kampf muss damit beginnen, dass wir die **Bosheit** zum Thema machen und uns von den **Bösewichten** abgrenzen. Mit dieser Aussendung will ich diesen Gedanken näher erläutern.

Konkreter Anlass dieser Anregung ist die Verurteilung meines sehr guten Freundes Mag. Günther Schneeweiss von Arnoldstein am 5. September 2017 durch das Landesgericht für Strafsachen Wien wegen des Vergehens der Verhetzung nach § 283 Abs. 2, 2. Fall, StGB (Strafgesetzbuch) zu 4 Monaten bedingter Gefängnisstrafe, die allerdings nicht rechtskräftig ist. Der Strafantrag der Staatsanwaltschaft Wien, dem das Gericht gefolgt ist, hat folgenden Wortlaut: „Mag. Günther Schneeweiss-Arnoldstein hat am 17.12.2015 in Wien und an anderen Orten für eine breite Öffentlichkeit wahrnehmbar durch die auf der von ihm betriebenen Webseite **www.kreuz-net.at** veröffentlichte, in Zusammenhalt mit der Bezeichnung von Homosexualität als ‚Mannesabart‘ getätigten Äußerung ‚Gottes Strafe – Syphilis – der neueste Modekracher unter Homo–Unzüchtlern‘ eine nach dem Kriterium der sexuellen Ausrichtung definierte Gruppe von Personen, und zwar die Gruppe homosexueller Männer, in einer die Menschenwürde verletzenden Weise beschimpft und dadurch verächtlich zu machen gesucht“. Dazu muss man wissen, dass im Strafantrag die Überschrift eines auf [kreuz-net](http://kreuz-net.at) erschienenen Artikels zitiert ist, der sich relativ ausführlich mit der Verbreitung der Geschlechtskrankheit Syphilis befasst, deren zunehmende Verbreitung thematisiert und schließlich in einer Zwischenüberschrift Krankheitszustände nennt wie: „Eiterbeulen, Wunden, Ausschläge, Demenz, Lungen- und Herzschäden“. Unter den Hinweisen des [kreuz-net](http://kreuz-net.at)-Artikels sind die „Erwägungen zu den Entwürfen einer rechtlichen Anerkennung der Lebensgemeinschaften zwischen homosexuellen Personen“ zu finden, die vom seinerzeitigen Kardinal Joseph Ratzinger als Präfekt der Glaubenskongregation

unterfertigt und von Papst Johannes Paul II. approbiert worden sind. (In PRO VITA – Veröffentlichungen wurde schon häufig darauf Bezug genommen). Es ist für einen vernünftig denkenden Menschen schwer nachzuvollziehen, warum die passende Überschrift über einem wahrheitsgemäßen Bericht eine Beschimpfung sein soll, die die Menschenwürde verletzt. In der mir vorliegenden schriftlichen Urteilsbegründung des Richters Mag. Gerald Wagner wird im Wesentlichen und kurz zusammengefasst die Meinung vertreten, dass Verhetzung vorliegt, wenn ein gläubiger Christ „Unzucht“ als solche bezeichnet und von einer Strafe Gottes spricht. Das bedeutet, dass in Zukunft wörtliche Zitate aus der Heiligen Schrift zu einer Gefängnisstrafe führen können.

Wir haben es hier mit einer Gesetzesbestimmung zu tun, die als Gummiparagraph willkürlich gegen unliebsame Staatsbürger eingesetzt werden kann, die an die Geltung der Meinungsfreiheit glauben und eine Sprache sprechen, die wie im konkreten Fall durch ein christliches Menschenbild geprägt ist. Entlarvend war eine Äußerung der Staatsanwältin in der Hauptverhandlung: „Die Verantwortung des Angeklagten mag vielleicht mit Teilen der katholischen Lehre übereinstimmen, aber wir sind hier im österreichischen Rechtsstaat, wo nicht Religionsrecht gilt...“ Diese Äußerung der guten Dame ist zuerst einmal von erschreckender Dummheit. Wenn jemand eine Äußerung macht, die dem Inhalt seines religiösen Glaubens entspricht, dann begehrt er damit nicht die Anwendung irgendeines Rechtes, sondern beruft sich lediglich auf eine religiöse Lehre, nimmt also neben dem Recht auf Freiheit der Meinungsäußerung auch noch das Recht auf Religionsfreiheit in Anspruch. Mit anderen Worten: Der hier kommentierte Schuldspruch verletzt diese beiden Grundrechte. **Wir haben es also mit einem weiteren Fall von Christenverfolgung zu tun**, die sich vorläufig noch darauf beschränkt, durch Einsatz der Strafgerichte Katholiken zum Schweigen zu bringen. Dagegen werden mit der Zielsetzung, den ohnehin nur noch in Restbeständen vorhandenen christlichen Charakter unseres Landes zu beseitigen, wahrheitsgemäße Darstellungen anderer Glaubensinhalte wie die des Islam und des Buddhismus strafrechtlich verfolgt, während jede Verspottung des christlichen Glaubens und jede Hetze gegen Christen ohne Konsequenzen bleibt. **So erklärt sich die strafrechtliche Verfolgung von Mag. Elisabeth Sabaditsch-Wolff, von Dr. Georg Zakrajsek und die gegen mich gerichtete, um nur wenige Beispiele zu nennen.**

In meiner Sache bleibt es beim Urteil des Oberlandesgerichtes Wien vom 15. Juni 2016, das sich im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen lässt: Ich wurde zu einer Geldstrafe von EUR 2.700,- verurteilt wegen des Vergehens der Herabwürdigung religiöser Lehren, konkret wegen Beleidigung des Dalai Lama und der von ihm vertretenen Glaubensrichtung des Buddhismus. **Pointiert ausgedrückt bin ich deshalb vorbestraft, weil ich Schriften des**

Dalai Lama zitiert habe und nicht nachweisen durfte, dass es sich um Zitate handelt. Die Richter wissen ganz genau, was sie tun. Sie missbrauchen ihr Amt wissentlich.

Ich muss das eigentlich Unglaubliche nochmals betonen: Österreichische Strafgerichte haben mich zum Kriminellen gemacht, weil ich ein religiöses Oberhaupt beleidigt hätte mit Äußerungen, die von ihm selbst stammen. Dieser Verstoß gegen die Meinungs- und Religionsfreiheit wurde von allen beteiligten Richtern und Staatsanwälten mitgetragen. Das Landesgericht Krems hat mich sogar wegen Verhetzung verurteilt, das Oberlandesgericht Wien schließlich wegen Herabwürdigung religiöser Lehren. Intensiv befasst mit dieser Angelegenheit waren auch die Oberstaatsanwaltschaft Wien, die Generalprokuratur (das ist die oberste staatsanwaltschaftliche Behörde unserer Republik), und der Oberste Gerichtshof. Es liegt also nicht irgendein Ausrutscher eines Richters vor, den die nächsthöhere Instanz versehentlich nicht erkannt hat. Wem das unglaublich erscheint, den kann ich nur auf die Webseite www.provita.at verweisen, auf der unter „Ohne Meinungsfreiheit kein Rechtsstaat“ das gesamte Strafverfahren dokumentiert ist. Eine Dokumentation bzw. eine Zusammenfassung findet sich in den Druckschriften PRO VITA 1/2014 und PRO VITA 4/2016 (die angefordert werden können). Wie gesagt bin ich aber nicht das alleinige Opfer dieses immer mehr zum Unrechtsstaat werdenden Österreich. **Ähnlich skandalös ist die Verurteilung von Lebensschützern durch die Grazer Strafgerichte wegen Stalking eines Abtreibungsarztes.** In diesem Verfahren haben die Richter einen Sachverhalt einfach erfunden, der weder vom angeblichen Opfer behauptet noch durch das Beweisverfahren erwiesen war. Unter bewusstem Missbrauch ihres Amtes haben auch diese Richter verdienstvolle Bürger dieses Landes willkürlich zu Kriminellen gemacht. Immer wieder wird man an das Wort des heiligen Augustinus erinnert, dass ein Staat ohne Gott einer organisierten Räuberbande gleicht. Diese Fehlentwicklungen der österreichischen Justiz werden zwar nicht nur von mir aufgezeigt, bei den wenigen hellseherischen Beobachtern dürfte aber die Meinung vorherrschen, das seien eben einige Ausrutscher, im Übrigen könnte man der Justiz Vertrauen schenken. Wenn man aber bedenkt, welche Instanzen allein in meinem Verfahren tätig geworden sind, dann ist der Verdacht begründet, dass heute die anständigen und bemühten Richter so etwas wie „schwarze Schafe“ sind, also immer mehr zur Minderheit werden. **Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht die weitere Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch „Verschärfungen“ des Verhetzungsparagrafen unter Justizminister Wolfgang Brandstetter.** Doch die Meinungsfreiheit ist ein wesentliches Element des demokratischen Rechtsstaates. Dieser Justizminister ist also ein Totengräber unserer Demokratie. Und ausgerechnet er hat den befreundeten Staat **Polen** scharf kritisiert, weil dort angeblich die Justiz unter den Einfluss des Staates gestellt wird und damit die Meinungsfreiheit bedroht sei. Tatsache ist aber, dass der bisher geltende Bestellungsmodus für Richter in Polen dazu geführt hat, dass eine aus Sowjetzeiten übernommene

kommunistische Clique durch Richterbesetzung ihren Einfluss gesichert hat und weiter sichern will. Und es gibt glaubhafte Berichte, dass die Polen unter dieser korrupten Richterschaft leiden.

Wir in Österreich haben zwar keine überkommene von Kommunisten beherrschte Richterclique, doch bei uns werden Richteramtsanwärter sogenannten Psychotests unterworfen, die in Wirklichkeit überprüfen, ob das Weltbild links genug ist, und der Anwärter den Genderblödsinn akzeptiert. Die natürliche Folge ist, dass das Niveau der Rechtsprechung kontinuierlich sinkt und die Abgehobenheit der Gerichte von der rechtssuchenden Bevölkerung zunimmt. Dieser Sittenverfall und diese Abgehobenheit setzt sich fort bis zu den europäischen Höchstgerichten. Meine Beschwerde an den **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg** wurde mit einem Formalschreiben erledigt, dem nicht einmal zu entnehmen ist, warum die Beschwerde nicht behandelt wurde. Man hat dort einerseits rein formale Hürden wie die Verwendung des vorgeschriebenen Formulars und die Art seiner Bearbeitung geschaffen, sodass man die Annahme von Beschwerden ohne jede Begründung verweigern kann, andererseits gibt es Bestimmungen, die auch inhaltlich eine willkürliche Vorgehensweise möglich macht. Was vom **Europäischen Gerichtshof in Luxemburg** zu halten ist, kann an vielen negativen Beispielen aufgezeigt werden. Dieser Gerichtshof trägt maßgeblich dazu bei, dass die EU-Staaten die eigenen Verträge nicht einhalten. Zu demonstrieren an der Judikatur zum europäischen Finanzsystem und zur Migrationspolitik. Eine aktuelle Entscheidung macht klar, dass es hier nicht um Rechtsprechung geht, sondern um die Umsetzung der linksgerichteten Politik der EU-Bonzen. Eine Klage von Ungarn und der Slowakei wurde abgewiesen, die auf die Ungültigkeit des Ratsbeschlusses gerichtet war, alle EU-Staaten müssten auch ihnen nicht genehme Migranten aufnehmen. Die Begründung dieser europäischen Höchststrichter ist zuerst einmal bemerkenswert, was deren Intelligenz betrifft. Ihrer Entscheidung gemäß sind Ungarn und die Slowakei an den betreffenden Mehrheitsbeschluss des Europäischen Rates gebunden, der deshalb rechtmäßig sei, weil in einer Notlage anstelle der notwendigen Einstimmigkeit eine Mehrheitsentscheidung ausreichend sei. Die Notlage war der „Flüchtlings“-Strom des Jahres 2015. Man kann also sagen, dass laut diesem europäischen Höchstgericht die EU-Verfassung deshalb außer Kraft getreten ist, weil von einigen Mitgliedstaaten unter Verletzung von EU-Verträgen die Notlage erst geschaffen worden ist. Dummheit oder Bosheit oder beides?

Um die Schussfolgerung dieser Aussendung zu erklären, muss ich noch einige Beispiele anführen, was alles uns an Dummheit, Bosheit und Heuchelei umgibt. Da hat es eine Zeit lang fast obligatorisch die tägliche Hassmeldung über den US Präsidenten Donald Trump oder eines seiner Familienmitglieder gegeben. Das ist sozusagen der **gute und erlaubte**

Hass. Die Hasstiraden haben gerade etwas nachgelassen, betont wird aber die Unberechenbarkeit dieses Präsidenten. Und dazu stelle ich die Frage, wann denn jemals die US-Politik für uns Europäer berechenbar war? Als die USA durch ihren Eintritt in den 1. Weltkrieg die bewährte Ordnung Europas zerstört und die Grundlage für das Aufkommen von Nationalsozialismus und Bolschewismus geschaffen haben? War es für das Nobelkomitee vorhersehbar – also berechenbar –, dass Barack Hussein Obama nach Verleihung des Friedensnobelpreises eine ganze Reihe von Kriegen anzetteln würde? Donald Trump ist als US-Präsident nicht besser und nicht schlechter als manche seiner hochgelobten Vorgänger, nach meiner Auffassung aber moralisch ungleich höher stehend, weil er sich dem Schutz des ungeborenen Lebens verschrieben hat. Das ist der wahre Grund für die ihm entgegenschlagende Ablehnung. Er hat die Steuergelder für die Abreibungspropaganda gestrichen und scheint auch geneigt, gegen den Genderblödsinn vorzugehen. Schwer angekreidet wird ihm die angebliche Gleichstellung von linken und rechten Demonstranten, weil „selbstverständlich“ nur rechte Demonstranten böse sein dürfen. Ich spreche von den Ausschreitungen in Galveston, die ein Todesopfer gefordert haben, was selbstverständlich zu beklagen ist und auch Donald Trump nicht gut geheißsen hat. Aber Tatsache scheint zu sein, dass die „böse“ Demonstration von „Rechtsextremisten“ angemeldet bzw. polizeilich genehmigt war, die Gegendemonstration aber nicht. Doch wir kennen dieses weltweite Phänomen. Die linken Faschisten, die jede Meinungsäußerung Andersgesinnter mit allen Mitteln verhindern wollen, sind immer die Guten. Sie dürfen ungestraft und vor jeder Strafverfolgung sicher bei uns in Österreich öffentlich den christlichen Glauben verhöhnen und sie dürfen Transparente tragen wie: „Unsern Hass könnt ihr haben“. Selbst wenn sie das direkt schreiben oder aussprechen, ist das keine Hetze in der Augen der Staatsanwaltschaft. Die Bekanntgabe solcher Fakten, also die Anzeige solcher Sachverhalte, wird von der Staatsanwaltschaft einfach zurückgelegt, de facto also ignoriert. Wenn in Deutschland der männliche Spitzenkandidat der Grünen die Anhänger der „Alternative für Deutschland“ als „Brut“ bezeichnet, dann kommt damit auch der gute und erlaubte Hass zum Ausdruck.

Einem Medienbericht war zu entnehmen, dass eine **UNO-Kommission** eine hohe Zahl von Giftgasangriffen dem Präsidenten Syriens Assad zur Last legt bzw. ihn dafür verantwortlich macht, und zwar ihn allein. Nachweislich waren aber hohe Repräsentanten der UNO-Bürokratie darin verwickelt, dass es in Syrien überhaupt zu dem von außen angezettelten Krieg gekommen ist, der nie ein Bürgerkrieg war. Muss man daher nicht misstrauisch sein, wenn ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da der legitime Präsident Syriens siegreich ist, ein solcher Bericht namens der UNO veröffentlicht wird?

Ankämpfen müssen wir auch gegen die Dummheiten, die uns täglich eingebleut werden und die es uns erschweren, für Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten. Ich möchte nur einige Beispiele herausgreifen. In der **Kronen-Zeitung** habe ich wieder einmal einen Text gefunden, in dem mit größter Selbstverständlichkeit die historischen Kreuzzüge als Übel hingestellt werden. Abgesehen davon, dass man nicht alles gut heißen kann, was auf diesen Kreuzzügen passiert ist, ist die historische Wahrheit, dass es dabei vordergründig um die Befreiung der heiligen Stätten in Palästina gegangen ist, was durchaus legitim war. **Es handelte es sich aber auch um Nothilfe für die vom Islam bedrängten Christen des Vorderen Orients.** Vor der Ausbreitung des Islam mit Feuer und Schwert war nämlich diese Weltgegend christlich. Und dazu noch ein wichtiger Gedanke: Von einem sich als Atheisten deklarierenden Historiker habe ich die Beurteilung, dass es ohne Kreuzzüge nie eine europäische Kultur und Zivilisation gegeben hätte. **Der Islam hat in Wahrheit nichts zur europäischen Kultur beigetragen.** Hätte er damals schon Europa erobert, dann hätte es eben nie eine europäische Kultur gegeben. Auch hat die heute gegebene Rückständigkeit der islamischen Länder nichts damit zu tun, dass ein ihm angeblich wesensverwandtes Christentum durch die **Aufklärung** in Europa zum Positiven verändert worden wäre, während eine solche Aufklärung dem Islam noch bevorstünde. Es ist hier nicht der Platz, über die europäische Aufklärung eine Abhandlung zu schreiben, Faktum ist aber, dass die vielgepriesene Autonomie des Menschen, also die Unabhängigkeit von den Geboten Gottes, für die Entwicklung der Katastrophen des 20. Jahrhunderts in Europa wie Bolschewismus und Nationalsozialismus ursächlich war. **Die erste Frucht der Aufklärung war doch wohl die Französische Revolution, eine Willkürherrschaft, der der erste Völkermord der Geschichte in der Vendée anzulasten ist.**

Von unbeschreiblicher Dummheit sind die Rituale, die jeweils nach einem von einem Moslem verübten **Terroranschlag** ablaufen. Obwohl die Terroristen genau das tun, was ihnen im Koran geboten wird, hat ihre Handlungsweise „natürlich mit ihrer Religion nichts zu tun“. Selbstverständlich ist die überwiegende Zahl der Moslems – und dafür müssen wir Gott danken – nicht dem Terrorismus verfallen, doch genau so richtig ist es, dass mit jedem in Europa ankommenden Moslem die Terrorgefahr wächst. Im menschlichen Gegenüber mit Moslems ist die Vorstellung schwer, man habe es mit einem präsumtiven Terroristen zu tun, noch viel weniger kann man sich vorstellen, dass etwa in Wien die aktuell eingeschulten Kinder jemals solche Taten vollbringen könnten. Man sollte aber daran denken, dass die Attentäter von Paris, die am 13. November 2015 zweihundert Menschen ermordet haben, in einem Vorort von Brüssel aufgewachsen sind, also einmal süße kleine Buben waren.

Was können, was müssen wir tun?

a) Wie in diesem Text bereits geschehen müssen wir die Bosheit und die damit verbundene Dummheit offen beim Namen nennen. Das geschieht ja bereits in den sogenannten sozialen Medien, wobei mir allerdings die Bezugnahme auf die Ursachen fehlt. Wenn wir etwas tiefer blicken, ist ja nicht die islamische Einwanderung die eigentliche Ursache, sondern der **Verlust des christlichen Charakters Europas**. Damit einhergehend ist als Ursache die **Abtreibungsseuche** zu nennen. Würden die Menschen, die dieser Seuche zum Opfer gefallen sind, leben, dann gebe es einen Zustrom in diesem Ausmaß nicht und er wäre auch nicht so gefährlich für unsere Zukunft. Wir haben es gar nicht nötig, scharfe Worte zu verwenden oder gar zu schimpfen, wenn wir Klartext sprechen und solche Bezüge herstellen. Hier sprechen die Fakten für sich. Außerdem bietet sich die Taktik der zurückhaltenden Sprache schon deshalb an, damit uns das herrschende System nicht wegen angeblicher Verhetzung durch die Strafgerichte verfolgen kann.

b) Aus dem eingangs erwähnten „Fall“ lernen wir, dass der Ausdruck „Strafe Gottes“ unter bestimmten Umständen die strafbare Handlung der Verhetzung darstellt. Wir müssen daher schlau sein und sehr vorsichtig. Seit vielen Jahren wird von der Notwendigkeit einer **Neuevangelisierung Europas** gesprochen, doch die in erster Linie dazu Berufenen machen gerade das Gegenteil, indem sie die christlichen Glaubenswahrheiten verschweigen, ja sich dafür schämen. Es gilt in manchen christlichen Kreisen als anstößig, die Auferstehung Jesu Christi als historische Tatsache hinzustellen, die in der Heiligen Schrift verbürgten Wunder als Tatsachen zu bezeichnen, (wie es dem Zweiten Vatikanum entsprechen würde). Umso „anstößiger“ ist es natürlich, **von der Strafe Gottes oder der Hölle oder der ewigen Verdammnis zu reden**. Wir wissen, dass es die erfolgreichste List des Teufels ist, den Menschen einzureden, es gäbe ihn nicht. Die Existenz der Hölle als ein Faktum, dessen Risiko man tunlichst ausschließen soll, darf nicht genannt werden. Die Drohung damit ist gedanklich - wie es heißt - ein „Herrschaftsinstrument“. Es mag sehr schwierig sein, hier den richtigen Weg zu finden, wie Verkündigung stattzufinden hat und Neuevangelisierung gelingen kann, doch dürfen wir dieser Schwierigkeit nicht aus dem Weg gehen. Mir ist jeder als Gesinnungsfreund willkommen, der aus welchen Motiven immer den Mord an den ungeborenen Kindern verurteilt und schrecklich findet, zugleich halte ich es aber für notwendig, den Abtreibungsbefürwortern vor Augen zu halten, dass sie auf die ewige Verdammnis zugehen.

c) Eine sehr wichtige und mir unabdingbar scheinende Maßnahme, die sozusagen schon längst getroffen hätte werden sollen, ist die **Abgrenzung von den Bösewichten**. Seit Jahrzehnten besteht die Unsitte, bei diversen Veranstaltungen wie Diskussionen oder Symposien immer auch den weltanschaulichen Gegner einzuladen und zu Wort kommen zu lassen. Es ist dann sozusagen ein Gebot der Höflichkeit oder des Anstandes, sich bei den

jeweiligen Wortmeldungen gegenseitig nicht weh zu tun, und es gehört sozusagen zum Ritual, dass man sich am Schluss der persönlichen Wertschätzung versichert oder gar betont, dass man dieselben humanitären Ziele hat oder gar nicht so weit auseinander ist in den Ansichten. **Dieser Brauch führt dazu, dass der Eindruck entsteht, die Religion oder die Weltanschauung oder die Frage nach der Wahrheit und Wirklichkeit sei nicht wichtig.** Wichtig sei nur, dass man sich menschlich gut verstehe und dass wir alle gute Menschen sind. Ich möchte nicht missverstanden werden und betone, dass es dabei nicht darum gehen kann, sich abzusondern, geschlossene Zirkel zu bilden und den persönlichen Umgang mit Andersgläubigen oder Andersgesinnten zu meiden. Ganz im Gegenteil. Je klarer und eindeutiger der eigene Standpunkt ist, desto besser ist man in der Lage, die Mitmenschen zu überzeugen oder zum Nachdenken zu bringen. Selbstverständlich muss der Wert und die Würde jedes Menschen respektiert werden sowie auch jede menschliche Gemeinschaft und jede Religion. Doch in der Verwirrung der heutigen Zeit wäre es dringend geboten, bei jeder Gelegenheit Klartext zu sprechen, die Fakten beim Namen zu nennen und den eigenen Standpunkt klar und deutlich zu machen. Wenn wir uns als praktisches Beispiel vor Augen halten, dass es nicht möglich ist, die Lehre des Islam und die geschichtliche Entwicklung und das Verhalten den Europäern gegenüber in voller Wirklichkeit darzustellen, wenn ein Imam oder Mufti daneben sitzt, oder dass es nicht möglich ist, die Verbrechen des Kommunismus zu benennen, wenn ich einen Marxisten daneben habe, dann ist verständlich, was ich hier zum Ausdruck bringen will. Dazu kommt mein begründeter Verdacht, dass zu manchen Gelegenheiten Leute eingeladen werden, weil dies der eigenen Eitelkeit dient, und man dabei nicht bedenkt, welches Signal man dadurch setzt. Konkret gesagt: **Was hat ein Politiker in einer kirchlichen Institution verloren, warum wird er als Gast eingeladen, wenn man weiß, dass er für den Abtreibungsmord eintritt und die Zerstörung der Familie durch den Genderblödsinn sein Grundanliegen ist.**

Am Beginn des notwendigen Freiheitskampfes muss also stehen, die Fakten klar anzusprechen und so gegen die Verwirrung anzukämpfen. Diesen Gedanken möchte ich weiter führen, indem ich in der nächsten Aussendung die Intentionen der neuen Regierung an dieser Forderung messe.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Alfons Adam eh.

Stössing, im November 2017